

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6721 –**

Eisenbahn-Investitionen in Westafrika stärker unterstützen – Chancen für die deutsche Bahnindustrie nutzen

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass der Aus- und Aufbau der afrikanischen Eisenbahn ein entscheidender Faktor für die Stärkung der Wirtschaftskraft der afrikanischen Partnerländer sei; das sei immerhin eine zentrale Zielsetzung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Die afrikanische Eisenbahn bleibe in ihrer Entwicklung ausbaubedürftig, was sich besonders eklatant in Westafrika zeige. Die Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur habe einen Investitionsbedarf, der vom Entwicklungspotential nicht gedeckt werden könne.

Da die Kreditfähigkeit der einzelnen Staaten für die benötigten Investitionen oft zu schwach sei, hätten diese westafrikanischen Länder ihre Eisenbahnstrategien durch regionale Projekte harmonisiert und verfolgten dabei einheitliche Finanzierungsansätze.

Im Gegensatz zu Ostafrika, wo chinesische und türkische Firmen derzeit die Eisenbahninfrastrukturprojekte monopolisierten, würden für deutsche Firmen, nach Auffassung der Antragsteller, insbesondere für die deutsche Bahnindustrie, in Westafrika bessere Chancen für eine Teilhabe an den dortigen Eisenbahninfrastrukturprojekten bestehen. Sogar eine trilaterale (westafrikanisch-deutschchinesische) Kooperation wäre für die deutsche Bahnindustrie eine Chance, um bei der Erschließung des westafrikanischen Marktes Fortschritte zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6721 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Johannes Wagner
Berichterstatter

Friedhelm Boginski
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Dr. Wolfgang Stefinger, Johannes Wagner, Friedhelm Boginski und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6721** in seiner 103. Sitzung am 11. Mai 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, mit den westafrikanischen Staaten über die Möglichkeit einer weiteren Beteiligung der deutschen Bahnindustrie an Eisenbahnprojekten in Westafrika zu diskutieren.

Dabei sollten eventuelle Verbesserungen der Beteiligungsbedingungen an westafrikanischen Eisenbahnprojekten erörtert und gegebenenfalls konkrete Vorschläge erarbeitet werden.

Die Bundesregierung solle darüber hinaus Kooperationen im Rahmen der EZ fördern, damit die deutschen Bahnindustrie Ingenieur- und Beratungsleistungen für den westafrikanischen Eisenbahnmarkt anbieten könne.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, die westafrikanischen Länder aufzufordern, den Handel und die Investitionen innerhalb der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone im Interesse Deutschlands auszubauen, damit die deutsche Wirtschaft den dortigen Absatzmarkt erschließen könne.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6721 in seiner 42. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6721 in seiner 53. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6721 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6721 in seiner 38. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass China mit ihrer „One Belt, One Road“-Initiative auf die Ostflanke ausgerichtet sei, und auch die Türken seien sehr stark in Ostafrika aktiv. Europa und Deutschland könnten jetzt ebenfalls versuchen, in Ostafrika an die Rohstoffe zu gelangen. Es wäre jedoch sinnvoller, die Potenziale an der Westküste zu erkennen, also in Ghana, Benin, und Nigeria, bis man dann letztendlich im Kongo wäre. Die Fraktion der AfD wolle das stärker unterstützen, und man fordere die Bundesregierung auf, alles Erdenkliche zu tun, damit die deutsche Bahnindustrie auf dem afrikanischen Kontinent schneller Fuß fassen könne. Das solle auch hinsichtlich der Global Gateway Initiative (GGI) geschehen, bei der 150 Mrd. Euro für Afrika zur Verfügung stehen würden. Bislang seien praktisch keine Mittel abgerufen worden, und somit existiere hier ein riesiges Investitionspaket. Deswegen bitte man die Bundesregierung, im Zuge der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aktiv darauf hinzuwirken, dass die deutsche Industrie sich vor Ort etablieren könne.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits etliches in dem Bereich fördere, so die afrikanisch-kontinentale Freihandelszone mit 60 Mio. Euro. Damit unterstütze man die Bemühungen, bestehende Ungleichheiten zu beseitigen, insbesondere von Frauen, aber auch Minderheiten in ländlichen Gebieten. Man könne Beispiele der erfolgreichen Arbeit in vielen Ländern, in denen man auch gemeinsam unterwegs sei, sehen. Sicherlich sei Infrastrukturförderung in der westafrikanischen Region, auch im Eisenbahnverkehr, wichtig, denn dadurch entstehe eine wirtschaftliche Entwicklung in einem Land. Im Unterschied zur Fraktion der AfD akzeptiere die Fraktion der SPD allerdings, dass die Staaten Westafrikas ihre eigenen Strategien und Pläne, wie ein zukünftiges Wachstum und eine Entwicklung aussehen könnten, entwickelten. Man orientiere sich an diesen Ideen und setze sie dann als EU mit den Partnerinnen und Partnern um. In Deutschland gebe es die Regierungsverhandlungen der Bundesregierung mit den entsprechenden Staaten auf Augenhöhe, mit Orientierung an den Konzepten der Partnerländer. Der Antrag der Fraktion der AfD zielen jedoch einzig auf den Absatzmarkt für die Deutsche Bahn und die deutsche Industrie, wohingegen die Konzepte der Länder und ihre Schwerpunktsetzungen keinerlei Rolle spielten, und deshalb lehne die Fraktion der SPD den Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass der Infrastrukturausbau in Afrika ein wichtiges Thema sei, das sich nicht nur auf Westafrika beschränke. Der Antrag der AfD behandle noch nicht einmal ganz Westafrika, sondern es gehe primär um zwei konkrete Eisenbahnprojekte, die die Sahelzone mit der Küste verbinden sollten. Es gebe allerdings viele Probleme in der Region aufgrund der prekären Sicherheitslage, und da gebe es entsprechende Bemühungen der vorherigen und der jetzigen Bundesregierungen, die gesamte Region Westafrika zu stabilisieren. Der Antrag sei widersprüchlich, denn auf der einen Seite werde das eklatante Defizit an Eisenbahninfrastrukturen in Westafrika erwähnt, auf der anderen Seite werde in der Begründung festgestellt, dass es mächtig vorangehe, und es würden fünf große, bereits fertiggestellte Projekte genannt. Die Behauptung, dass aufgrund der chinesischen Investitionen der Bedarf an neuer Infrastruktur explodiere, sei falsch, denn die Chinesen hätten erst einmal große Infrastrukturinvestitionen getätigt, weil diese für sie selbst vorteilhaft gewesen wären. Das sei unabhängig von der Frage, ob es vor Ort Bedarfe gebe, geschehen. Es gebe bereits zahlreiche Initiativen Deutschlands im EZ-Bereich und in der Außenwirtschaftsförderung; dazu gehörten auch der „Compact with Africa“ und die GGI. Die Fraktion der CDU/CSU werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass die Fraktion der AfD bereits im Titel des Antrags deutlich mache, dass sie die deutsche Außenwirtschaftsförderung und die Entwicklungspolitik gleichsetze. Es sei zwar durchaus erfreulich, dass man in nachhaltige Verkehrsinfrastruktur investieren wolle, aber der Antrag greife dabei viel zu kurz. Er verstehe westafrikanische Länder als Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft und den afrikanischen Kontinent insgesamt lediglich als geopolitischen Spielball Chinas. Die Bundesregierung verstehe Entwicklungspolitik hingegen als globale Strukturpolitik und stelle die Menschen vor Ort in den Mittelpunkt. Eine kluge Politik für eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur arbeite allumfassend und für die Bedarfe vor Ort. Die Bundesregierung unterstütze auf Wunsch der Afrikanischen Union (AU) im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) beispielsweise die Umsetzung des Programmes zur afrikanischen Infrastrukturentwicklung. Dazu brauche man verlässliche regulative und sektorale Rahmenbedingungen, die Integration in Verkehrssysteme und Bemühungen in den Aufbau von institutionellen und individuellen Kapazitäten für Investorinnen und Investoren für nachhaltige und sozial verträgliche Eisenbahnsysteme. Der Antrag lasse erhebliche Zweifel aufkommen, ob sich die Antragsteller mit den verkehrspolitischen Kontexten in Westafrika tiefergehend beschäftigt hätten, und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag deshalb ab.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass der Ausbau der Bahninfrastruktur in vielen afrikanischen Ländern ein Teil der GGI sei. Es sei zu begrüßen, dass dabei Infrastrukturprojekte in einem größeren europäischen und afrikanischen Kontext gedacht würden; dass sollte man tatsächlich öfter machen. In dem vorliegenden Antrag könne man allerdings wieder einmal nur eine Ausweitung der deutschen wirtschaftlichen Interessen als Hauptmotivation herauslesen. Wenn die Fraktion der AfD das so wolle, dann müsste sie an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) herantreten, denn dort würden privat finanzierte Eisenbahnprojekte in Afrika mit Exportkreditgarantien des Bundes gefördert. Außerdem sollte man vorab Kontakte mit Unternehmen und Verbänden der deutschen Industrie zu diesem Thema geknüpft und Diskussionen geführt haben; das alles sei nicht geschehen. Es reiche auch nicht, immer nur an Bahnlinien zu denken, sondern man müsse an die gesamte Infrastruktur denken, und dazu gehöre mehr als die Schiene. Abgesehen davon, sollte man sich erst einmal auf die eigenen Infrastrukturprojekte in Deutschland konzentrieren, anstatt sich andere Länder dafür auszusuchen. Die Fraktion der FDP lehne aus diesen Gründen diesen Antrag ab.

Berlin, den 21. Juni 2023

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Johannes Wagner
Berichtersteller

Friedhelm Boginski
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

